



JUNI 2025

CENTRAL MEDITERRANEAN INFO

ANKÜNFTEN

Im Juni 2025 erreichten laut Zählungen von [borderline-europe](#) 7.142 Menschen Italien auf dem Seeweg. Davon kamen 5.788 Personen bzw. 81 % auf Sizilien - vor allem Lampedusa - und 69 Menschen autonom auf Sardinien an. In zwölf Fällen erfolgte die Überfahrt nach Italien über die ionische Route: Über das östliche zentrale Mittelmeer erreichten 866 Menschen Kalabrien. Somit sind im Vergleich zum letzten Monat die Überfahrten um das Vierfache angestiegen - in den vergangenen Jahren wurde die ionische Route nach Italien nur selten gewählt. Neben der Türkei, von wo aus 3,4 % der Überfahrten starteten, begannen sie häufig in Ostlibyen. Insgesamt kann [borderline-europe](#) für ca. 67 % der Ankünfte nachweisen, dass die Boote in Libyen abgelegt haben, der Prozentsatz liegt aber mit großer Wahrscheinlichkeit höher. Der Anteil der Abfahrten aus Tunesien liegt in diesem Monat bei ca. 7 % und ist damit im Vergleich zum [Vormonat](#) (5,3 %) wieder leicht gestiegen.

Die italienischen Behörden brachten nach unseren Zählungen rund 49,5 % der Angekommenen an Land, wobei in drei Fällen die Rettung durch NGO-Schiffe erfolgte. Insgesamt wurden ca. 10,6 % der Rettungen durch NGO-Schiffe ausgeführt, wobei 758 Personen aus Seenot gerettet wurden. Gemäß den Daten von [borderline-europe](#) war Frontex im Juni an der Rettung von 1.058 Personen (14,8 %) beteiligt. 747 Geflüchtete (10,5 %) erreichten autonom die italienischen Küstengewässer (12 Seemeilen vor der Küste), ohne vorher abgefangen oder gerettet zu werden. In einigen Fällen wurden sie nach Erreichen der Territorialgewässer durch Frontex oder die italienische Küstenwache in den sicheren Hafen gezogen. Bei 14,6 % der Ankünfte lagen keine Informationen zur Rettung vor.

Laut den offiziellen Zahlen des italienischen Innenministeriums sind im Juni 7.089 Menschen in Italien angekommen. Wir konnten in diesem Monat ähnliche Ankunftsahlen belegen. Allerdings möchten wir anmerken, dass die Hintergründe der vom Innenministerium herausgegebenen Zahlen nicht transparent sind.

Im Juni sorgte die Rettung von 54 Menschen von einer verlassenen Ölplattform durch die NGO Open Arms für [internationales Aufsehen](#). Die Menschen erlitten während der Überfahrt Schiffbruch und konnten sich auf die Plattform retten, wo eine Frau ohne medizinische Unterstützung ein Kind zur Welt brachte. Insgesamt mussten die Menschen drei Tage auf der Bohrinsel unter widrigsten Bedingungen ausharren, bis sie durch das zivile Seenotrettungsschiff nach Lampedusa gebracht wurden. Die Rettung, welche durch Alarm Phone und das Aufklärungsflugzeug Sea Bird der NGO Sea Watch unterstützt wurde, ist eines von vielen weiteren Beispielen dafür, wie sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten ihrer Verantwortung für Geflüchtete im zentralen Mittelmeer entziehen.

PUSH – UND PULLBACKS

Diesen Monat haben wir 1.460 Interceptions (Pullbacks oder Zurückweisungen auf See) auf dem zentralen Mittelmeer erfasst, bei denen Boote mit Geflüchteten an die nordafrikanische Küste zurückgedrängt oder -gezogen wurden. 1.415 Menschen wurden nach Libyen und 45 Personen nach Tunesien zurückgeschleppt. Diese Zahlen sind ohne Gewähr. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen.

Eine Interception der sogenannten libyschen Küstenwache erhielt im Juni besondere mediale Aufmerksamkeit: Während ihres Versuchs, die Blockade Gazas zu brechen und Hilfsgüter zu liefern, wurde die Crew des Schiffes Madleen der Freedom Flotilla Coalition Zeuge eines [Pullbacks nach Libyen](#). Die in Seenot geratenen Geflüchteten aus dem Sudan befanden sich innerhalb der ägyptischen See- und Rettungszone, als sich - zusätzlich zur Madleen - ein Schiff der libyschen Miliz Tariq Ben Zeyad näherte, welche für schwere Menschenrechtsverletzungen und die zwangsweise Rückführung von Schutzsuchenden bekannt ist. Während vier Personen ins Wasser sprangen und von der Madleen an Bord genommen werden konnten, ist davon auszugehen, dass die anderen Menschen zurück nach Libyen geschleppt wurden, wo ihnen Inhaftierung und Folter drohen.

TOTE & VERMISSTE

Die Anzahl der Toten und Vermissten im zentralen Mittelmeer steigt mit jedem vergehenden Monat weiter an. Laut Daten von [borderline-europe](#) verloren im Juni 43 Personen ihr Leben auf der Flucht über das zentrale Mittelmeer, 82 Menschen gelten in diesem Monat als vermisst. Das Schicksal von weiteren 37 Personen ist ungewiss. Auch hier dürfte die Dunkelziffer deutlich höher liegen. Unter den Opfern befinden sich vermutlich auch [60 Menschen](#), darunter Frauen und Kinder, die Mitte Juni innerhalb weniger Tage vor der libyschen Küsten Schiffbruch erlitten.

Zudem [entdeckte](#) die Seabird 1, ein Aufklärungsflugzeug der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch, Ende Juni in den internationalen Gewässern vor der libyschen Küste die Körper von fünf toten Menschen. Zwei der Körper wurden mittlerweile von der Life Support, einem Seenotrettungsschiff der NGO Emergency, [geborgen](#) und nach Italien gebracht. Nun muss die EU handeln: Auch die anderen Toten müssen geborgen und ihre Familien benachrichtigt werden. Zudem braucht es sichere Fluchtwege und eine staatlich organisierte Seenotrettung, so dass das Sterben an den EU-Außengrenzen endet. Das Netzwerk UNITED dokumentiert seit 1993 die fatalen Auswirkungen der europäischen Abschottungspolitik und zählt [im Juni 2025](#) 66.519 an den restriktiven Politiken von 'Fortress Europe' gestorbene Flüchtlinge und Migrant*innen.

WEGE NACH EUROPA

Europäische "Realpolitik" in Libyen: „We know they're dodgy, we just don't care“

Der sich verschärfende Krieg im Sudan hat dazu geführt, dass viele Sudanese*innen nach Libyen fliehen mussten. Zudem wurden tausende sudaneseische Geflüchtete durch die repressiven Grenzmaßnahmen Ägyptens ins libysche Territorium [vertrieben](#). Infolge dieser Entwicklungen ist die Zahl der sudaneseischen Ankünfte in Europa in den ersten fünf Monaten des Jahres 2025 [um 134% gestiegen](#). Im Zusammenspiel mit der anhaltenden politischen Instabilität sind die libyschen Grenzkontrollen [brüchiger](#) geworden.

Angesichts der wachsenden Ankunftsahlen sowohl in Griechenland als auch in Süditalien, insbesondere in [Kalabrien](#), setzt die EU vermehrt auf Kooperationen mit libyschen Behörden [im Westen wie im Osten](#) des Landes. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen entsandte den Kommissar für Inneres, Magnus Brunner, auf eine diplomatische "Mission" nach Libyen, deren [Ziel](#) es sei, durch neue Kooperationen "irregulärer" Migration von den libyschen Küsten in die EU Einhalt zu gebieten. [Brunner](#) selbst brachte die Doppelmoral europäischer Grenzpolitik auf den Punkt, als er auf einer Veranstaltung in Brüssel erklärte: „We know they're dodgy, we just don't care“ und damit die Zusammenarbeit mit libyschen Behörden rechtfertigte, obwohl er gleichzeitig deren Menschenrechtsverletzungen offen einräumte.

Die verstärkte europäische Kooperation mit Libyen findet in einem Kontext zunehmender Repression gegen Migrant*innen statt. Am ersten Tag des islamischen Festes Eid startete die sogenannte [„Anti-Illegal-Immigration-Abteilung“](#) in Bengasi - einer Hafenstadt im Osten des Landes - eine stadtweite Aktion, um Migrant*innen aus öffentlichen Räumen wie Parks, Straßen und Stränden zu vertreiben. Ende Juni führten Sicherheitskräfte an der westlichen Küste Libyens, insbesondere in [Sabratha](#), eine groß angelegte Razzia durch: Boote wurden beschlagnahmt, Unterkünfte zerstört und Migrant*innen verhaftet. Solche Einsätze werden zwar als Fortschritte im Kampf gegen "Schlepperei" dargestellt, doch sie führen häufig zu willkürlichen Inhaftierungen und kollektiven Bestrafungen von Menschen auf der Flucht, unter Missachtung rechtsstaatlicher Standards. Zudem kommen immer neue Belege systematischer Gewalt ans Licht: So bestätigten die Vereinten Nationen im Juni die Entdeckung mehrerer [Massengräber nahe Tarhuna](#), einem Ort, der für außergerichtliche Hinrichtungen während der libyschen Konflikte bekannt ist. Dutzende Leichen wurden gefunden, von denen die meisten nicht identifiziert werden konnten. Dies löste internationale Forderungen nach Untersuchungen und einem Ende der Straffreiheit aus. Trotz der entmenslichenden Bedingungen hält die EU an operativen Partnerschaften mit Akteuren fest, die mit Gewaltverbrechen in Verbindung gebracht werden, und plant, die Zusammenarbeit mit diesen noch zu vertiefen.

Diese sogenannte Realpolitik der EU ruft den Widerstand zivilgesellschaftlicher Akteure hervor. So startete das Netzwerk ‚Refugees in Libya‘ im Juni eine neue Kampagne zur [Abschaffung des italienisch-libyschen Memorandums of Understanding](#) (MoU). Dieses Abkommen, das seit 2017 in Kraft ist und mehrfach verlängert wurde, sichert der sogenannten libyschen Küstenwache und den Internierungsbehörden politische sowie materielle Unterstützung zu, obwohl es zahlreiche Berichte über Folter, Zwangsarbeit und Menschenhandel in staatlichen- und milizengeführten Einrichtungen gibt.

Auch ein aktueller Bericht von [Ärzte ohne Grenzen](#) hebt die systematische und weit verbreitete Gewalt gegen Migrant*innen in Transitländern wie Libyen und Tunesien hervor. Er legt nahe, dass unter den Neuankommenden in Italien viele Folterüberlebende sind und dass eine strukturierte und angemessene Antwort dringend erforderlich ist. Die Aktivist*innen fordern daher ein sofortiges Ende der Kooperation und betonen die europäische Mittäterschaft an den Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Migrationsabwehr in Tunesien

Auch in Tunesien ist eine Eskalation der Maßnahmen zur Migrationsabwehr zu beobachten. So räumten die Behörden im Juni erneut die [Lager El Am](#) und Henchir El-Ochi nahe der Küstenstadt Sfax, wodurch etwa 1.500 Menschen gewaltsam vertrieben wurden. Eine improvisierte Zeltklinik, die Migrant*innen versorgte, wurde ebenfalls zerstört. [Alarm Phone](#) dokumentierte in diesem Zeitraum zudem schwere Gewalt im Zusammenhang mit Pullbacks auf See und Abschiebungen. Der Bericht zeigt, dass Tunesien nicht als Zufluchtsort dient, sondern als aktiver Akteur in einem repressiven europäischen Grenzregime agiert. Schwarze Menschen auf der Flucht werden systematisch in die Wüste deportiert und Schiffbrüchige sich selbst überlassen – oft unter lebensgefährlichen Bedingungen.

ZIVILER WIDERSTAND

11 % aller Rettungen wurden im Juni 2025 von NGOs durchgeführt. Die zivilen Seenotretter*innen konnten insgesamt 758 Menschen retten. Außerdem wirkten NGO-Schiffe bei der Rettung von 381 Personen mit, bevor diese durch staatliche Behörden oder Frontex an Land gebracht wurden. Es gab diesen Monat eine Mehrfachrettung.

Des Weiteren wurde im Juni die Bilanz aus [10 Jahren ziviler Seenotrettung](#) gezogen: 21 Organisationen (darunter 10 deutsche) retteten nach eigenen Angaben mehr als 175.000 Menschen aus dem Mittelmeer. Anstatt die Notwendigkeit ziviler Seenotrettung anzuerkennen, entschied die deutsche Bundesregierung vor wenigen Tagen, die [finanzielle Förderung ziviler Seenotrettungsorganisationen einzustellen](#).

Festsetzung der zivilen Seenotrettungsschiffe NADIR & Sea-Eye 5

Die italienischen Behörden weiten die auf das Piantadosi-Dekret gestützte Kriminalisierung und Behinderung von Rettungseinsätzen nun auch auf [Segelschiffe und kleinere Boote](#) aus:

So wurde die NADIR, ein Segelschiff der deutschen NGO RESQSHIP, das seit 2021 im Einsatz auf dem Zentralen Mittelmeer ist, zum ersten Mal festgesetzt. Nachdem die Crew in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 112 Menschen von Bord eines überfüllten Holzbootes rettete, wurde sie nach Ankunft im Hafen in Lampedusa für 20 Tage festgesetzt. Der NADIR wird vorgeworfen, die tunesischen und libyschen Behörden nicht rechtzeitig informiert zu haben und den Anweisungen der italienischen Behörden zum zugewiesenen Hafen nicht Folge geleistet zu haben.

In ihrer [Pressemitteilung](#) widerlegt RESQSHIP diese Anschuldigungen und weist auf die schwerwiegenden und umfassend dokumentierten Menschenrechtsverletzungen hin, die People on the move in Libyen und Tunesien erfahren. Diese Verletzungen begründen, warum beide Länder niemals als sicherer Hafen gelten dürften.

Auch die NGO Sea-Eye ist von ähnlichen Vorwürfen betroffen: Das Schnellboot ‚Sea-Eye 5‘ rettete am 14. Juni 65 Menschen – darunter Frauen und teils schwer verletzte Personen – aus einem überfüllten Schlauchboot 50 Seemeilen vor der libyschen Küste. Die Crew lehnte die Zuweisung des 48 Stunden entfernten Hafens Taranto aus Sicherheitsgründen ab. Es folgten stundenlange Verhandlungen, während denen die Sea-Eye 5 vor dem Hafen Pozzallo warten musste und sich der Gesundheitszustand einiger Passagiere drastisch verschlechterte. Erst durch internationalen Druck wurde ihnen schließlich das Einlaufen in den Hafen erlaubt, in welchem sie dann jedoch festgesetzt wurden. [Sea-Eye weist die erhobenen Vorwürfe entschieden zurück](#) und betont, stets im Einklang mit internationalem Seerecht und zum Wohle der geretteten Menschen gehandelt zu haben.

EGMR weist Klage von Migrant*innen gegen Italien ab

Die [Klage](#) bezieht sich auf den gewaltsamen Pullback vom 06. November 2017. Etwa 130 Menschen waren unterwegs mit einem Schlauchboot und erlitten in der Nähe der libyschen Küste Schiffbruch. Das zivile Rettungsschiff Sea-Watch 3 konnte damals 59 Menschen retten, mindestens 20 Menschen starben und 47 Passagiere wurden von der sogenannten libyschen Küstenwache zurück nach Libyen gebracht. Die sogenannte libysche Küstenwache, die von den italienischen Behörden sowie dem Treuhandfonds der Europäischen Union für Afrika ausgerüstet, ausgebildet und finanziert wurde, agierte dabei faktisch als verlängerter Arm Italiens. 17 Überlebende aus Ghana und Nigeria reichten vor 7 Jahren eine Klage gegen Italien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein. Sie werfen Italien vor, durch die Unterstützung und [Einflussnahme auf die libysche Küstenwache](#) für Menschenrechtsverletzungen wie den Tod von Geflüchteten sowie deren Rückführung in Folter und unmenschliche Haftbedingungen mitverantwortlich zu sein. Der EGMR erklärte nun die Beschwerde für unzulässig, weil Italien nach Auffassung des Gerichts im konkreten Fall keine extraterritoriale Menschenrechtsverantwortung für das Vorgehen der libyschen Küstenwache trug.



Kontakt:

Sitz Palermo
borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de